

Antisemitische Propagandaausstellung »Der ewige Jude«, 1937

# Österreich

Albert Lichtblau

## Vor der Annexion

Für die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im Dritten Reich spielte Österreich eine wichtige Rolle. Einerseits war es das Land, in dem Adolf Hitler sozialisiert worden war<sup>1</sup> und aus dem viele Protagonisten der Vernichtungsmaschinerie stammten, andererseits das Gebiet, von dem nach dessen »Anschluss« 1938 wichtige Impulse zur Radikalisierung der antijüdischen Politik ausgingen.

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie als Ergebnis des Ersten Weltkrieges hatte erhebliche Folgen für die Lage der jüdischen Bevölkerung in den beiden Jahrzehnten vor Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich. Die Gliederung der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie erfolgte nach vermeintlich nationalen Kriterien; in Österreich löste eine demokratisch-republikanische Regierungsform die Monarchie ab. Als Effekt der neuen Staatsbildung entstand eine überwiegend städtische jüdische Bevölkerung auf dem Territorium der neuen, sogenannten Ersten Republik. So zeigte 1934 die letzte vor dem »Anschluss« durchgeführte Volkszählung, dass von den registrierten 191.481 Personen mit jüdischer Religion knapp 92 Prozent in Wien lebten. Die Konzentration der jüdischen Bevölkerung im Osten der Republik steigt auf knapp 98 Prozent bei Berücksichtigung des Landes Niederösterreich und des an Ungarn grenzenden und erst 1921 zu Österreich gekommenen Burgenlandes, wo weitere 6 Prozent der jüdischen Bevölkerung Österreichs lebten. Die geringe Zahl in den anderen Regionen des Landes resultierte aus den Jahrhundertlang dauernden und erst 1848 bzw. mit der Emanzipation 1867 überwundenen Ansiedlungsverboten.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Brigitte Hamann, *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*. München 1996.

<sup>2</sup> Eveline Brugger u.a., *Geschichte der Juden in Österreich* (Österreichische Geschichte, hrsg. v. Herwig Wolfram, Ergänzungsband). Wien 2006.

Tab. 1: Die jüdische und nichtjüdische Wohnbevölkerung in den österreichischen Bundesländern und deren Hauptstädten, Volkszählung 1934<sup>3</sup>

	Nichtjüdische Bevölkerung in Zahlen	Jüdische Bevölkerung in Zahlen	Anteil der jüdischen Bevölkerung in den Bundesländern und deren Hauptstädten in Prozent
Wien	1.698.096	176.034	9,39
Niederösterreich	1.501.360	7.716	0,51
Oberösterreich Linz	901.352 108.299	966 671	0,11 0,6
Salzburg Stadt Salzburg	245.562 40.034	239 198	0,10 0,5
Steiermark Graz	1.012.911 151.121	2.195 1.720	0,22 1,1
Kärnten Klagenfurt	404.860 29.491	269 180	0,07 0,6
Tirol Innsbruck	348.733 60.688	365 317	0,10 0,5
Vorarlberg Bregenz	155.360 56.303	42 1	0,03 0,0
Burgenland Eisenstadt	295.815 4.782	3.632 204	1,21 4,3
Österreich gesamt	6.568.752*	191.481**	2,83

\* inkl. 4.703 ohne festen Wohnort

\*\* inkl. 23 ohne festen Wohnort

Jüdische Gemeinden waren in Österreich seit dem Gesetz zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der Israelitischen Religionsgesellschaft vom 21. März 1890 territorial organisiert, ihnen gehörten alle in einer Region le-

<sup>3</sup> Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934 (Statistik des Bundesstaates Österreich, H. 1). Wien 1935, S. 45.

benden Juden – unabhängig von ihrer religiösen Orientierung – an. Orthodoxe Gruppierungen bemühten sich vergeblich darum, sich aus dieser Zwangsgemeinschaft zu lösen. Eine Besonderheit bildete das Burgenland, das nach der Angliederung an Österreich weiterhin in der Tradition der ungarischen Gesetzgebung stand und in dem es trotz der geringen Bevölkerungszahl 11 Israelitische Kultusgemeinden gab. Die meisten Israelitischen Kultusgemeinden, nämlich 15, existierten in Niederösterreich, in Oberösterreich zwei, in den anderen Bundesländern jeweils eine. Dass in Vorarlberg keine einzige mehr bestand, resultierte aus dem Niedergang des Landjudentums und dem Ende der traditionsreichen Hohenemser Gemeinde.<sup>4</sup>

Das Österreichbewusstsein der jüdischen Bevölkerung basierte noch auf den Traditionen der Habsburgermonarchie. Die deutschsprachige Mehrheitsbevölkerung des Reststaates sah hingegen ihre nationale Zugehörigkeit in einer Tradition, die auf der Abgrenzung gegenüber den anderen Völkern und dem heftig geführten »Nationalitätenstreit« um Hegemonie beruhte. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte bei einer Volksabstimmung aller Wahrscheinlichkeit nach für den Anschluss des Landes an Deutschland votiert. Doch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges sprachen 1919 in St.-Germain-en-Laye ein Anschlussverbot aus, und die Regierung des ursprünglich »Republik Deutsch-Österreich« genannten Staates sah sich gezwungen, den Begriff »deutsch« aus dem Namen zu eliminieren. Bei inoffiziellen Volksabstimmungen in Tirol und Salzburg stimmten nahezu 100 Prozent für einen Anschluss. Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, wurde offensichtlich, dass die österreichische »nationale Identität« der von Deutschland aus propagierten »Anschlussidee« wenig entgegensezieren konnte. Das vorherrschende Selbstverständnis als Deutsche spiegelte sich durchaus auch in Teilen der jüdischen Bevölkerung wider. So nannte sich die liberale Organisation, die bis 1933 die Wiener Kultusgemeinde bei Wahlen dominierte, in ihrer Zeitung bis zum 12. Juni 1931 »Union deutschösterreichischer Juden«, erst danach verschwand der Begriff »deutsch« aus dem Namen.<sup>5</sup>

In der Stadt Wien gab es bereits vor dem Ende der Habsburgermonarchie immer wieder Konflikte rund um die jüdische Bevölkerung. Der Rabbiner Joseph Samuel Bloch, gewählt in einem galizischen Wahlkreis, galt von 1883 bis 1895 als der streitbarste jüdische Abgeordnete im Österreichischen Parla-

<sup>4</sup> Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem (CAHJP), A/W 299:

Überblick über das jüdische Organisationswesen im Lande Österreich.

<sup>5</sup> Vgl. Die Wahrheit. Jüdische Wochenschrift, H. 24 u. 25, 12. u. 19. Juni 1931.

ment. Er scheute nicht den Konflikt mit dem Verfechter der Ritualmordlegende, dem Theologen und Priester August Rohling.<sup>6</sup> Aufgrund des Erfolges der antisemitischen Christlichsozialen Partei unter dem ab 1897 als Wiener Bürgermeister amtierenden Karl Lueger sah sich auch die jüdische Gemeinde Wiens gezwungen, ihren zurückhaltenden Kurs aufzugeben. In der Ersten Republik nach 1918 fehlte eine detart exponierte Persönlichkeit wie Rabbiner Bloch, denn das jüdische Wählerpotenzial erwies sich als zu schwach, um Kandidaten auf autonomen jüdischen Listen bei Parlamentswahlen durchzubringen. Lediglich der Zionist Robert Stricker verfügte zu Beginn der Republik als Vertreter einer jüdischen Liste für kurze Zeit über einen Sitz in der Konstituierenden Nationalversammlung.<sup>7</sup>

Die Republik Österreich bewirkte mit Wahlrechtsreformen eine grundlegende Veränderung der Machtkonstellation in den Vertretungskörpern. Die bis dahin in Wien unangefochten regierenden Antisemiten gerieten nun ins Hintertreffen, während die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Stadt bei allen Wahlen eine absolute Mehrheit erzielen konnte.<sup>8</sup> Die vom »Antisemitischen Wien« ins »Rote Wien« verwandelte Hauptstadt stand trotz der Depression nach dem Ersten Weltkrieg für Aufbruch und Moderne und bot Politikern jüdischer Herkunft ein Betätigungsfeld. Da es nach dem Niedergang der Liberalen an antisemitismusfreien wählbaren Alternativen fehlte, stimmte die Mehrheit der jüdischen Wählerschaft für die Sozialdemokratie. Dennoch verhielt sich diese Partei den Interessen der jüdischen Bevölkerung gegenüber passiv, wenn nicht gar ablehnend. Zum einen hing die distanzierende Haltung mit der individuellen Abgrenzung gegenüber der jüdischen Herkunft führender Politiker wie Viktor Adler zusammen, zum anderen war die Sorge groß, als »Judenschutzpartei« denunziert zu werden.<sup>9</sup>

Während des Ersten Weltkrieges hatte sich die Zahl der in Wien lebenden Juden aufgrund der Fluchtbewegung aus Galizien und der Bukowina stark vergrößert. Diese jüdischen Kriegsflüchtlinge sahen sich massiven Anfeindungen seitens der antisemitischen Parteien ausgesetzt, die sich durch

6 Joshua Shanes, *National Regeneration in the Diaspora: Zionism, Politics, and Jewish Identity in Late Habsburg Galicia 1883–1907*. Unveröffentlichte Dissertation, Madison, Wisc. 2002.

7 Dieter J. Mühl, »Immer war Wahlkampf. Robert Stricker (1879–1944). Ein Beitrag zur jüdischen Politik in Österreich«, in: *Aschkenas*, Jg. 11 (2001), H. 1, 2001, S. 121–160.

8 Maren Seliger, Karl Ucakar, *Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur*. Wien, München 1984, S. 145–157.

9 Robert S. Wistrich, *Socialism and the Jews. The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary*. London 1982, S. 249.

die Ankunft armer, religiöser und dementsprechend gekleideter Menschen darin bestätigt fühlten, dass es sich bei Juden um »Fremde«, »Andere« aus dem Osten oder gar Orient handele.<sup>10</sup> Der Antisemitismus verband sich mit einem xenophoben Reflex, der selbst die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erfasste. Mit einer »Kundmachung betreffend die Abreisendmachung der in Deutschösterreich nicht heimatberechtigten Personen« vom 9. September 1919 bemühte sich der niederösterreichische sozialdemokratische Landeshauptmann Albert Sever darum, die jüdischen Flüchtlinge aus Österreich abzuschieben, um auf diese Weise der Lebensmittel- und Wohnungsknappheit zu begegnen.<sup>11</sup> Im selben Jahr wurde der »Deutschösterreichische Schutzverein Antisemiten-Bund« gegründet, eine parteiübergreifende Organisation, die 1921 zu einem internationalen »Antisemitentag« nach Wien einlud. Damals gehörten dem Bund 62 Organisationen mit insgesamt 400.000 Mitgliedern an.<sup>12</sup>

Der Antisemitismus der Ersten Republik unterschied sich von dem der Kaiserzeit durch eine stärkere Verankerung in der Gesellschaft und eine Radikalisierung: von einem vornehmlich verbalen über einen der Tat bis hin zum kriminellen Antisemitismus. Die breitere gesellschaftliche Verankerung beruhte auf der Resonanz in den Bildungsschichten. Eine antisemitisch sozialisierte Elite saß inzwischen an den Schalthebeln von Politik, Wirtschaft und Bildungswesen. Dem radikalen Flügel der Antisemiten gelang es in den 1920er Jahren, wichtige Vereine zu majorisieren. Ihre rassistische Strategie, die Einführung sogenannter Arierparagrafen, zielte besonders auf Freizeit- und Sportvereine. Die bekanntesten Beispiele dafür sind ihre Erfolge im Alpenverband oder dem Deutschen Turner-Bund, dem 1932 immerhin 70.000 Erwachsene und 45.000 Kinder angehörten.<sup>13</sup> Auch zahlreiche Gemeinden,

10 Beatrix Hoffmann-Holter, »Abreisendmachung«. *Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923*. Wien u.a. 1995.

11 Christoph Hinteregger, *Der Judenschwindel*. Wien 1923, S. 70–72.

12 Bruce F. Pauley, *Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung*. Wien 1993, S. 124; Günter Fellner, *Antisemitismus in Salzburg 1918–1938*. Wien, Salzburg 1979, S. 128 ff.

13 Andrea Wächter, *Antisemitismus im österreichischen Vereinswesen für Leibesübungen 1918–1938 am Beispiel der Geschichte ausgewählter Vereine*. Unveröffentlichte Dissertation, Wien 1983; Rainer Amstädter, *Der Alpinismus. Kultur, Organisation, Politik*. Wien 1996; Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus*, S. 165; Hanno Loewy, Gerhard Milchram (Hrsg.), »Hast du meine Alpen gesehen?« *Eine jüdische Beziehungsgeschichte*. Hohenems 2009.

aus vom Tourismus lebten, glaubten damit werben zu können, dass sie kunden haben, jüdische Gäste seien nicht willkommen.<sup>14</sup>

Die Lage war angespannt, denn in den verschiedenen österreichischen Regierungen saßen nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie im Oktober 1920 nahezu ausschließlich Vertreter von antisemitischen Parteien, wie der Christlichsozialen Partei, der Großdeutschen Volkspartei, dem Landbund und der Heimwehr.<sup>15</sup> Eine neue, beängstigende Qualität erlangte der Antisemitismus durch die Zunahme von Gewalttaten bis hin zum Mord. Ein prominentes Opfer war der Journalist und Autor des visionären Romans *Die Stadt ohne Juden*, Hugo Bettauer, der am 10. März 1925 von dem Nationalsozialisten Otto Rothstock angeschossen wurde und bald darauf an den Folgen des Attentats starb.<sup>16</sup> Zu wüsten antisemitischen Ausschreitungen kam es immer wieder in den Universitäten, aber auch nach antisemitischen Demonstrationen, beispielsweise gegen den in Wien abgehaltenen Zionistenkongress im Jahr 1925.<sup>17</sup> Die Ermordung des jüdischen Juweliers Norbert Futterweit am 12. Juni 1933 erfolgte in einer Phase, in der die österreichischen Nationalsozialisten stärker auf terroristische Methoden umschwanken.<sup>18</sup>

Wie die jüdische Bevölkerung damit umging, lässt sich nicht generell sagen, denn es liegen unterschiedliche Befunde vor. Vom Antisemitismus war sie besonders an öffentlichen Orten betroffen, also vor allem in Schulen und Universitäten. Erinnerungen sprechen davon, dass viele sich ins Private zurückzogen, um unangenehme Erfahrungen mit Antisemiten zu vermeiden. Der österreichische Antisemitismus erschien im europäischen Vergleich nicht als außergewöhnlich. Die jüdischen Medien berichteten ausführlich über die Judenfeindschaft in anderen Ländern. Vermutlich dachten viele Juden, woanders, etwa im benachbarten Ungarn, wäre die Lage schlimmer.<sup>19</sup>

<sup>14</sup> Robert Kriechbaumer (Hrsg.), *Der Geschmack der Vergänglichkeit. Jüdische Sommerfrische in Salzburg*. Wien u.a. 2002, S. 127–173; vgl. auch Frank Bajohr, »Unser Hotel ist jüdenfrei«. *Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main 2003.

<sup>15</sup> Klaus Borchardt (Hrsg.), *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*. Wien 1967; Emmerich Tálos u.a. (Hrsg.), *Handbuch des politischen Systems. Erste Republik 1918–1933*. Wien 1995, S. 143–316; Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus*, S. 223–232.

<sup>16</sup> Murray G. Hall, *Der Fall Bettauer*. Wien 1978, S. 80–133.

<sup>17</sup> Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus*, S. 154–162.

<sup>18</sup> Gerhard Bozov, *Gewalt in der Politik. Atrament, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938*. 2. Aufl., Wien 1983.

<sup>19</sup> Es wurde immer wieder über den Numerus Clausus und den Antisemitismus in Ungarn berichtet, siehe etwa: *Die Wahrheit. Unabhängige Zeitschrift für jüdische Interessen*, Jg. 36 (1920), Nr. 15, 10. Sept., S. 13; Nr. 17, 20. Okt., S. 12 f.; Nr. 21, 15. Dez., S. 9.

Nach 1918 erlebte das jüdische Leben, insbesondere das Vereinswesen, eine Hochblüte. Mit dem Sportverein SC Hakoah Wien (Hakoah: »Stärke«) gelang es, einer der Religion nur noch lose verbundenen Jugend ein jüdisches Selbstbewusstsein zu vermitteln und zugleich dem antisemitischen Klischee vom »schwachen Juden« etwas entgegenzusetzen. Als die Fußballmannschaft der Hakoah in der Saison 1924/25 die österreichische Meisterschaft gewann, punktete der Verein selbst bei den wenig Sportbegeisterten innerhalb der jüdischen Gemeinde. Wichtig für die Beziehungen zwischen der jüdischen und der nichijüdischen Bevölkerung Österreichs war die beeindruckende Bereicherung des Kulturlebens durch viele jüdische Künstler. Doch selbst dieses scheinbar tolerante Segment der Gesellschaft war bereits von Personen durchsetzt, die später den nationalsozialistischen Machthabenden ihre Dienste anbieten sollten.<sup>20</sup>

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland spitzte sich die Lage in Österreich zu. Die österreichischen Nationalsozialisten hatten 1932 bei mehreren Wahlen nicht nur das deutschnationale Lager aufgerieben, sondern auch von den Christlichsozialen Zulauf erhalten. Bei den am 23. April 1933 durchgeführten Innsbrucker Gemeinderats-Ergänzungswahlen konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil gegenüber der Wahl von 1931 verzehnfachen und triumphierte mit 36,1 Prozent als stärkste Partei.<sup>21</sup> Im Juni 1933 wurde die Nationalsozialistische Partei, wie zuvor bereits die Kommunistische Partei, in Österreich verboten. Die Nationalsozialisten gingen in die Illegalität. Im Februar 1934 kam es zwischen dem militärischen Flügel der Sozialdemokratie sowie den in einer Koalition regierenden Christlichsozialen und der Heimwehr zu einem Bürgerkrieg, der die demokratischen Strukturen endgültig zerstörte. Nach der Niederlage bei den Kämpfen wurde nun auch die fest auf dem Boden der Demokratie stehende Sozialdemokratische Arbeiterpartei verboten, führende Politiker der Partei wurden verhaftet oder flohen. Die Christlichsozialen versuchten unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß einen faschistischen Staat zu etablieren, über dessen Bezeichnung als autoritärer Ständestaat oder Austrofaschismus nach wie vor heftig diskutiert wird.<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Oliver Rathkolb, *Führertreu und gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich*. Wien 1991, S. 44 ff., S. 235 ff.

<sup>21</sup> Dirk Hänisch, *Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils*. Wien u.a. 1998, S. 110 ff.

<sup>22</sup> Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938*. 5. Aufl., Wien 2005; Ernst Hanisch, »Christlicher Ständestaat und

Die jüdische Bevölkerung blieb von diesen politischen Eingriffen weitgehend unbehelligt, da die Sozialdemokratie bei Kommunalwahlen oder im jüdischen Vereinsleben kaum eine Rolle spielte. Dennoch war die Lage eigenartig, denn die regierenden Christlichsozialen mussten nun für die Gleichbehandlung der jüdischen Bevölkerung des Landes garantieren und zugleich dem tief verankerten Antisemitismus ihrer Gefolgschaft Rechnung tragen. Vereinzelt griffen Politiker zu antisemitischen Maßnahmen, etwa Boykottaufrufen, Berufsbehinderungen im akademischen Bereich oder dem aufgrund von Protesten aber wieder aufgegebenen Versuch der Separierung in Schulen.<sup>23</sup> Andererseits berief man ganz im Sinne der ständischen Staatsidee jüdische – bevorzugt zionistische – Vertreter in die höchsten Gremien von Staat und Wiener Kommune; der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Desider Friedmann, wurde auf diese Weise Mitglied des Staatsrates.<sup>24</sup>

Das nationalsozialistische Deutschland setzte Österreich enorm unter Druck, politisch und wirtschaftlich. Die »Tausendmarksperr« vom 27. Mai 1933 zielte darauf ab, den deutschen Tourismus zu unterbinden.<sup>25</sup> Die Einschränkung des wirtschaftlich übermächtigen Nachbarlandes wirkte sich zum Beispiel auch auf die österreichische Filmindustrie aus, die inoffiziell einen »Arierparagrafen« einführte, um auf dem deutschen Markt bestehen zu können. Die Eskalationspolitik der Nationalsozialisten gipfelte in dem misslungenen Putsch und der Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am 25. Juli 1934. Danach schwenkte die deutsche Politik auf einen zermürbenden »Evolutionkurs« um, der am 11. Juli 1936 zum »Juliabkommen« mit Österreich führte: Nationalsozialisten wurden amnestiert und gemäßigte NS-Exponenten mit politischen Ämtern betraut.<sup>26</sup> Im Vergleich zu anderen faschistischen Staaten präsentierte der Austrofaschismus sich als schwach mit seiner Verehrung des nur begrenzt populären »Martyrers« Dollfuß, mit dem wenig charismatischen »Führer« Kurt Schuschnigg, der gering

autoritäre/faschistische Systeme«, in: Werner Drobisch u.a. (Hrsg.), *Mensch, Staat und Kirchen zwischen Alpen und Adria 1848–1938*. Klagenfurt u.a. 2007, S. 177–181.

<sup>23</sup> Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus*, S. 326 ff.

<sup>24</sup> Sylvia Maderregger, *Die Juden im österreichischen Ständestaat 1934–1938*. Wien, Salzburg 1973; Angelika Königsgeder, »Antisemitismus 1933–1938«, in: Tálos, Neugebauer (Hrsg.), *Austrofaschismus*, S. 54–65.

<sup>25</sup> Deutsche Staatsbürger mussten bis zur Aufhebung dieser Wirtschaftssanktion im Juli 1936 vor Antritt einer Reise nach Österreich eine Gebühr von 1.000 Reichsmark zahlen.

<sup>26</sup> Winfried R. Garscha, »Nationalsozialisten in Österreich 1933–1938«, in: Tálos, Neugebauer (Hrsg.), *Austrofaschismus*, S. 100–120.

ausgeprägten nationalen Identität und somit wenig überzeugenden Berufung auf das Vaterland sowie mit der Unfähigkeit zur Reintegration der ehemals linken Wählerschaft.

Obwohl jüdische Flüchtlinge aus Deutschland alarmierende Nachrichten mitbrachten, scheinen die meisten in Österreich lebenden Juden die vom Nationalsozialismus ausgehende Gefahr nicht wirklich ernst genommen zu haben, denn nur die wenigsten trafen Vorsichtsmaßnahmen. Die patriotischen Loyalitätsbekundungen jüdischer Organisationen zur Zeit des Austrofaschismus, allen voran des Bundes jüdischer Frontkämpfer, wirken im Nachhinein wie Appelle ohne Resonanzboden innerhalb der österreichischen Gesellschaft. Nur wenige Nichtjuden, wie etwa die politische Außenministerin Irene Harand mit der von ihr und dem jüdischen Anwalt Moriz Zalman 1933 gegründeten »Weltbewegung gegen Rassenhass und Menschennot«, engagierten sich öffentlich gegen den Antisemitismus im Lande und die Drohungen des Nationalsozialismus.<sup>27</sup>

### Die ersten Wochen der Annexion

Der politische Druck, den Deutschland auf Österreich ausübte, wuchs. Bundeskanzler Kurt Schuschnigg sah sich nach einem Treffen mit Adolf Hitler am 12. Februar 1938 gezwungen, NS-freundliche Minister in Regierungsspositionen zu berufen, allen voran Arthur Seyß-Inquart als Innenminister. Am 9. März 1938 kündigte Schuschnigg überraschend für den 13. März eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs an. Desider Friedmann überreichte im Namen der jüdischen Gemeinde einen Scheck über 800.000 Schilling zur Unterstützung, und die jüdische Presse veröffentlichte den Aufruf »Mit Schuschnigg für Österreich«.<sup>28</sup>

Der »Anschluss« war jedoch nicht mehr aufzuhalten; die europäischen Großmächte signalisierten Zurückhaltung, und der Druck Deutschlands wurde übermächtig.<sup>29</sup> Schuschnigg resignierte und verabschiedete sich in

<sup>27</sup> Christian Klösch u.a., »Gegen Rassenhass und Menschennot. Irene Harand – Leben und Werk einer ungewöhnlichen Widerstandskämpferin«. Innsbruck u.a. 2004.

<sup>28</sup> Pauley, *Geschichte des österreichischen Antisemitismus*, S. 340; *Die Wahrheit. Jüdische Wochenschrift*, Jg. 54, Nr. 11, 11. März 1938, S. 1.

<sup>29</sup> Gerald Stourzh, Birgitra Zaar (Hrsg.), *Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des »Anschlusses« vom März 1938*. Wien 1990.

einer – in Autobiografien von österreichischen Juden oft beschriebenen – Radiorede am 11. März 1938 »von dem österreichischen Volke mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Österreich!«. Das österreichische Bundesheer habe den Auftrag erhalten, keinen Widerstand zu leisten, »weil wir um keinen Preis, auch in dieser ernststen Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind [...]«<sup>30</sup>. Innenminister Seyß-Inquart übernahm daraufhin bis zur Einverleibung Österreichs am 13. März 1938 die Regierungsgeschäfte als Bundeskanzler. Den »Anschluss« regelten ein »Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich« und ein analoges deutsches Reichsgesetz vom 13. März 1938; am 10. April 1938 bestätigte eine für Hitler triumphale Volksabstimmung diese Entwicklung. Damit einher ging die »Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich« auf Verwaltungsebene.<sup>31</sup>

Mit einem Schlag geriet die jüdische Bevölkerung in eine prekäre Lage. Anders als bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland entlud sich die frei gewordene politische Energie des nationalsozialistischen Fußvolkes und der zahlreichen Mitläufer besonders in Wien gegen die jüdische Bevölkerung. Der hemmungslose Terror traf auch Nichtjuden, die für die Nationalsozialisten typisch jüdisch aussahen oder vermeintlich jüdische Namen trugen. Die Gewalttaten des »Anschlussprogramms« reichten von persönlichen Bereicherung durch Drohung und Raub über die Konfiszierung von Betrieben durch selbst ernannte Kommissare bis hin zur öffentlich zelebrierten »Hetze«, bei der Juden, bevorzugt orthodox aussehende Männer und gut gekleidete Frauen, zum Gaudium des umstehenden Publikums unter anderem dazu gezwungen wurden, die Parolen für die Volksabstimmung zur Unabhängigkeit Österreichs von Hauswänden und vom Straßenpflaster abzuwaschen.<sup>32</sup> Die österreichischen Nationalsozialisten, die zuvor durch ihre Gewalttaten für Angst und Schrecken gesorgt hatten, präsentierten sich nun als Garanten für die Überwindung des Chaos. In einer Schuldumkehr be-

<sup>30</sup> [http://www.mediathek.at/akustische-chronik/Popups\\_4/Schuschnigg-Ruecktritt\\_1](http://www.mediathek.at/akustische-chronik/Popups_4/Schuschnigg-Ruecktritt_1) [26.12.2009].

<sup>31</sup> Hanns Haas, »Der »Anschluss«, in: Emmerich Tálos u.a. (Hrsg.), *NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*. Wien 2001, S. 26–54.

<sup>32</sup> Gerhard Botz, *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39*. Wien 2008, S. 126 ff.; George Eric Rowe Gedye, *Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dollfuß-Diktatur und Hitlers Einmarsch in Wien und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938*. Wien 1981 (Orig.: *Berajal in Central Europe. Austria and Czechoslovakia. The Fallen Bastions*. New York 1939); Hans Saffian, Hans Wiltek, *Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938*. Wien 1988.

zichtigten sie nicht nur politische Gegner, sondern eben auch die jüdische Bevölkerung, für die vorangegangenen Unruhen verantwortlich zu sein.

Den größten Schock für die jüdische Bevölkerung stellte die Erfahrung der Hilflosigkeit seit dem »Anschluss« dar, denn vom Staat war kein Schutz mehr zu erwarten. Die Implementierung des NS-Regimes ging schlagartig vor sich. Schon am 12. März 1938 flogen der Reichsführer SS Heinrich Himmler und der Chef der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich nach Wien, um die »Säuberung« der österreichischen Polizei und die ersten Verhaftungen von Kritikern des neuen Regimes durchzuführen.<sup>33</sup> Mit dem ersten Tross der NS-Führung, den Verwaltungsbeamten, Ordnungskräften und der Wehrmacht kam auch der Sicherheitsdienst der SS (SD), nicht zuletzt um die Judenpolitik zu zentralisieren. Am 15. März wurde in Wien eine Gestapo-Leitstelle errichtet, am Tag darauf vereidigte Himmler die Wiener Polizei am Heldenplatz auf Adolf Hitler.<sup>34</sup>

Der in Österreich geborene und aufgewachsene Adolf Eichmann ließ bereits am 15. März 1938 Funktionäre zionistischer Organisationen ins verwütete Palästinaamt<sup>35</sup> vorladen. Am 18. März fand eine Razzia in der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde statt, Funktionäre wurden verhaftet, die Kultusgemeinde und ihre Einrichtungen von der Gestapo geschlossen.<sup>36</sup> Eichmann setzte den Amtsdirektor der Gemeinde, Josef Löwenherz, später als Leiter der erst am 2. Mai 1938 wiedereröffneten Kultusgemeinde ein.<sup>37</sup> In der Folge konzentrierte sich deren Tätigkeit auf die Fürsorge sowie darauf, den in Not Geratenen die Flucht zu ermöglichen.

Hitler sprach am 15. März 1938 bei der »Befreiungskundgebung« in Wien vor circa 250.000 Zuhörern von der größten Vollzugsmeldung seines Lebens: »[...] als Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.«<sup>38</sup> Da es den Nationalsozialisten gelang, dem Wiener Kardinal Theodor Innitzer und dem bekannten sozialdemokratischen Politiker

<sup>33</sup> Peter Longenrich, *Heinrich Himmler. Biographie*. München 2008, S. 416 ff.

<sup>34</sup> Thomas Mang, »Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber«. Münster 2003.

<sup>35</sup> Gabriele Anderl, Angelika Jensen, »Zionistische Auswanderung nach Palästina vor 1938«, in: Traude Horvath, Gerda Neyer (Hrsg.), *Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*. Wien u.a. 1996, S. 187–209.

<sup>36</sup> Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*. Wien 1978, S. 48 ff.

<sup>37</sup> Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat*. Frankfurt am Main 2000, S. 82 ff.

<sup>38</sup> Zit. nach Botz, *Nationalsozialismus in Wien*, S. 102.

Karl Renner eine Befürwortung des »Anschlusses« abzurufen, musste es scheinen, als wäre die Vorstellung von der »großdeutschen Volksgemeinschaft« gesamtgesellschaftlich an ihr Ziel gelangt.

Hitler setzte bereits am 13. März 1938 Josef Bürckel als »kommissarischen Leiter der NSDAP in Österreich« ein. Der saarpfälzische Gauleiter schien wegen des Erfolges bei der Saar-Abstimmung die ideale Besetzung für eine von Hitler geplante Volksabstimmung über den »Anschluss« Österreichs zu sein. Bürckel brachte eine Reihe ihm vertrauter Beamter aus dem Saarland für seinen Stab nach Wien mit.<sup>39</sup> Das rasch als arrogant empfundene Verhalten der aus Deutschland kommenden Elite und die neue NS-Bürokratie erregten den Unmut der Österreicher. Es passte nicht zur Idee der »Volksgemeinschaft«, sondern ließ historisch begründete Animositäten zwischen Österreich und Preußen aufleben.<sup>40</sup> Am 23. April 1938 überrug Hitler Bürckel formell das Amt des »Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich«.<sup>41</sup>

Die Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung und bekannte NS-Gegner ging seit der Annexion gleichzeitig von »oben« und »unten« aus, wenn auch nicht Hand in Hand. Mit der von »unten« ausgeübten Gewalt demonstrierten die beteiligten Österreicher den Herrschenden, dass antijüdische Maßnahmen in der Bevölkerung auf keinen nennenswerten Widerstand, vielmehr auf breite Unterstützung stoßen würden. Die Gewalt von »oben« signalisierte, dass der Staat mit aller Macht gegen jede Form von Dissens vorgehen wollte. Die Gestapo-Agenten verhafteten von Beginn an politische Gegner und bekannte Juden. Bei der ersten, am 1. April 1938 durchgeführten Deportation von »Schurzhäflingen« ins Konzentrationslager Dachau waren von 151 Personen 60 Juden, unter ihnen befanden sich der ehemalige zionistische Gemeinderat Jakob Ehrlich, der zionistische Politiker und Publizist Robert Stricker und der Präsident der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde, Desider Friedmann. Beim Dachau-Transport vom 23. Mai 1938 waren 50 von 120 Personen jüdischer Herkunft. Als erstes prominentes jüdisches Opfer der NS-Herrschaft in Österreich starb Jakob Ehrlich im selben Monat in Dachau. Stricker und Friedmann blieben nach ihrer Rückkehr aus

<sup>39</sup> Gerthard Botz, *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938–1940)*. 2. Aufl., Linz 1976, S. 49 ff.; ders., *Nationalsozialismus in Wien*.

<sup>40</sup> Evan Burr Bukey, *Hitlers Österreich. »Eine Bewegung und ein Volk«*. Hamburg, Wien 2000.

<sup>41</sup> Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1938 I, S. 407.

dem KZ in Wien in Geiselhaft, sie wurden 1942 nach Theresienstadt deportiert und 1944 mit ihren Ehefrauen in Auschwitz ermordet.<sup>42</sup>

Ein Artikel im *Völkischen Beobachter* vom 28. April 1938 forderte, dass bis 1942 das »jüdische Element in Wien ausgemerzt und zum Verschwinden« gebracht werden müsse.<sup>43</sup> Derartige Äußerungen fanden sich auch in den österreichischen Provinzzeitungen, in denen versprochen wurde, dass die einzelnen Gaue bald »judenfrei« seien. Am schlimmsten wüteten die Nationalsozialisten zunächst im Burgenland, wo schon Ende März 1938 umfassende Vertreibungen begannen. In Frauenkirchen wurde die ortsansässige jüdische Bevölkerung über Nacht in einen Stall gesperrt, man raubte ihre Geschäfte aus und zwang den Leiter der Kultusgemeinde, zu garantieren, dass die gesamte Gemeinde auswandern würde.<sup>44</sup> Einige burgenländische Juden wurden nach Wien gebracht, viele flüchteten aus Angst selbst dorthin, andere trieb man gleich über die Grenze ins Ausland.<sup>45</sup>

In Österreich traf die mit dem Anschluss einsetzende NS-Politik, die Juden als bedrohliche und nicht zugehörige »Anderer« zu klassifizieren, sie bürokratisch zu erfassen, um sie anschließend zu pauperisieren und zu separieren, auf einen in der Mitte der Gesellschaft verankerten Antisemitismus. Einerseits handelte es sich um die Einführung antijüdischer Maßnahmen, die in Deutschland bereits Gesetz waren, andererseits um eine aufgezogene Eigenkategorisierung als Juden. Zu den antijüdischen Maßnahmen gehörten etwa die sofortige Vereidigung der Beamtenschaft auf Hitler, die alle Juden ausschloss, und die Einführung der Nürnberger Gesetze am 20. Mai 1938. Das Nichttragen eines Hakenkreuzes an der Kleidung oder die Vermeidung des Hitlergrußes bewirkten hingegen, dass Juden in der Öffentlichkeit als solche erkennbar waren.<sup>46</sup>

<sup>42</sup> Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 37; Evelyn Adunka, »Jakob und Irma Ehrlich«, in: *Chilufm. Zeitschrift für jüdische Kulturgeschichte*, H. 2, 2009.

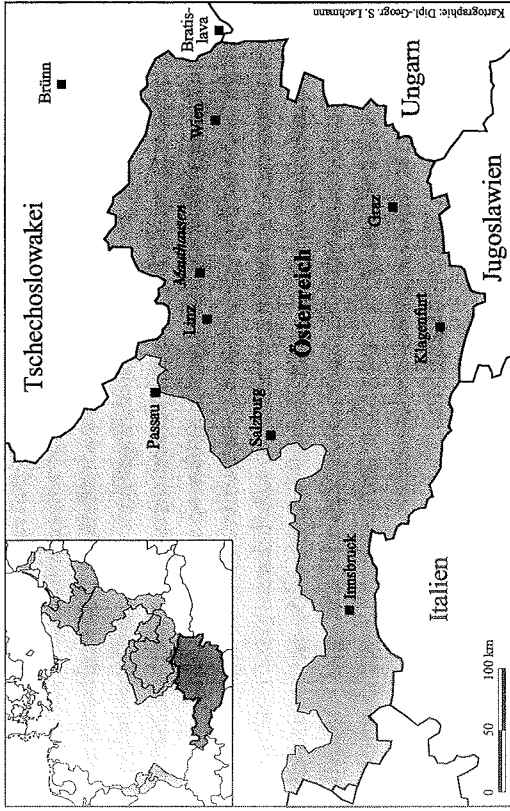
<sup>43</sup> *Völkischer Beobachter*, 28.4.1938, S. 2. Zur Interpretation des Zitats siehe Botz, *Nationalsozialismus in Wien*, S. 321 f.

<sup>44</sup> Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 45 ff.

<sup>45</sup> Jonny Moser, *Wallerbergs Laufbursche. Jugenderinnerungen 1938–1945*. Wien 2006, S. 20 ff.; Gerthard Baumgartner u.a., »Arisierungen«, *beschlagene Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen im Burgenland*. Wien, München 2004.

<sup>46</sup> RGBl. 1938 I, S. 594 f. Vgl. Dieter Kolonovits u.a., *Staatsbürgerschaft und Vertriebung* (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 7). Wien, München 2004, S. 287–306.





Karte 2: Österreich, 1938

## Die Zeit der Besetzung

Der Entwicklung in Österreich ging eine Verschärfung antijüdischer Politik in Deutschland voraus, die durch den »Anschluss« nochmals verstärkt wurde.<sup>47</sup> So zwangen etwa die »wilden Arierungen« in Österreich die NS-Führer davon profitieren zu können. Die privaten »Arierungen« und das verbreitete Einsetzen von Kommissaren zur Übernahme von Geschäften gingen den Machthabern zu weit. Im österreichischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit richtete man im Mai 1938 eine »Vermögensverkehrsstelle« ein, die mit Reichskommissar Bürckel kooperierte und alle »Arierungen« im Lande von nun an zentral kontrollierte, ein Modell, das später für Deutschland übernommen wurde.<sup>48</sup> Die Behörde mit 200 Beschäftigten leitete zunächst Walter Rafelsberger, österreichisches SS-Mitglied und damals

<sup>47</sup> Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtanstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München, Zürich 1998, S. 162 ff.

<sup>48</sup> Botz, *Nationalsozialismus in Wien*, S. 324 ff.

Staatskommissar für Privatwirtschaft.<sup>49</sup> Der Staat profitierte durch eine Reihe von Abgaben und »Arierungen«. Etwa zwei Drittel der »Ariseure« in Wien gehörten der NSDAP an, die anderen mussten Gutachten vorlegen, die ihre politische Zuverlässigkeit bestätigten.<sup>50</sup> Eine Besonderheit bildete das »Gesetz zum Schutz der österreichischen Wirtschaft«, das den vorhandenen »Arierungshunger« der kapitalkräftigeren Interessierten aus Deutschland eindämmen sollte.<sup>51</sup> Die meisten »Arierungen« waren bis zum Kriegsbeginn abgeschlossen, die Vermögensverkehrsstelle wurde daraufhin im November 1939 in eine »Abwicklungsstelle« umgewandelt.<sup>52</sup>

Der Raubzug beschränkte sich nicht nur auf das Privatvermögen der jüdischen Bevölkerung. Zur Neugliederung des gesamten Organisationswesens hatte Bürckel schon am 18. März 1938 einen »Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände« installiert; auch um auf das jüdische Vereins-, Stiftungs- und Fondsvermögen direkt zugreifen zu können. Der Stillhaltekommissar war bis Dezember 1939 tätig, seine Aufgaben übernahmen anschließend die Aufbaufonds-Vermögensverwaltung bzw. ab 1942 ein »Abwickler«. Die Funktion des Stillhaltekommissars bezog sich auf alle Vereine, denen am 16. März 1938 bis zur Volksabstimmung am 10. April 1938 jede organisatorische Tätigkeit untersagt worden war. Es gab mehrere Verfahrenswesen, mit jüdischen Vereinen umzugehen. Einige wenige, insbesondere zionistische Verbände und die orthodoxe Agudas Jisroel, wurden »freigestellt«, um die Vertreibungspolitik durch Hilfen bei der Emigration zu unterstützen. Das Vermögen der meisten aufgelösten Fürsorge- und Wohlfahrtsvereine überantwortete der Stillhaltekommissar der israelitischen Kulturgemeinde in Wien, nicht jedoch Liegenschaften, die er sehr oft einzog und weiterverkaufte. Das Geld für die Kulturgemeinde diente zunächst zur Finanzierung der Auswanderung und der immer umfangreicheren Fürsorge für die zunehmend verarmenden Mitglieder, später auch zur Finanzierung der Deportationen. Vor allem das Vermögen von finanzkräftigen Vereinen wie B'nai B'rith zog der Stillhaltekommissar ein. In der Anfangszeit befasste

<sup>49</sup> Gertraud Fuchs, *Die Vermögensverkehrsstelle als Arierungsbehörde jüdischer Betriebe*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Wien 1989, S. 29–53.

<sup>50</sup> Botz, *Nationalsozialismus in Wien*, S. 329.

<sup>51</sup> Die Forschungen zu den »Arierungen« und Restituten werden zusammengefasst in Clemens Jablonet u.a., *Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich*. Wien, München 2003.

<sup>52</sup> Botz, *Nationalsozialismus in Wien*, S. 324 ff.



er sich zudem mit einer Reihe »wilder Arisierungen« von Vereinsvermögen, die nicht im Interesse der NS-Politik lagen.<sup>53</sup>

Ähnlich richtungsweisend wie der Stillehaltekommissar für die folgenden Annexionen sollte auch die »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« werden, eine Institution, die mit dazu beitrug, dass heute vom »Wiener Modell« der Judenverfolgung gesprochen wird. Der genaue Verlauf des organisatorischen Aufbaus dieser wichtigen Behörde ist immer noch nicht hinreichend geklärt, entscheidend für ihre Gründung war ein Erlass des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel, vom 20. August 1938.<sup>54</sup> Die Zentralstelle, formal zunächst geleitet vom Inspekteur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im SD-Oberabschnitt Donau, Dr. Walter Stahlecker, befand sich im beschlagnahmten Palais Rothschild und stellte eine Art Fließband zur Abwicklung der aufwendigen Ausreiseformalitäten dar. Das für »Judenfragen« zuständige Referat II 112 des SD hatte Adolf Eichmann, der geschäftsführender Leiter der Zentralstelle werden sollte, wenige Tage nach dem »Anschluss« nach Wien entsandt. In Österreich nutzte der SD die unklare Kompetenzabgrenzung zur Gestapo im Umgang mit der jüdischen Bevölkerung zu seinen Gunsten. Eichmann sah die Möglichkeit der Koordinierung antijüdischer Politik im SS-Oberabschnitt Österreich. In Wien etablierten er und sein Team eine Politik der Arbeitsteilung zwischen der SS, anderen beteiligten NS-Behörden und der durch grenzenlosen Druck gefügig gemachten jüdischen Gemeinde, die darüber hinaus gezwungen wurde, die Vertreibungspolitik selbst zu finanzieren. Das erpresste Zusammenspiel von Kultusgemeinde und Zentralstelle sollte den Prozess möglichst effektiv gestalten, was durchaus gelang. Die Zentralstelle unterstand seit Kriegsbeginn im Herbst 1939 dem neu gegründeten Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin. Weitere Zentralstellen wurden in Prag und Amsterdam eröffnet, in Berlin befand sich die »Reichszentrale für jüdische Auswanderung«.<sup>55</sup>

<sup>53</sup> Shoshana Duizend-Jensen, *Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. »Arisierung« und Restitution*. Wien, München 2004. Zur Tätigkeit des Stillehaltekommissars im Sudetenland siehe den Beitrag von Jörg Osterloh in diesem Band.

<sup>54</sup> Gabriele Anderl, Dirk Rupnow, *Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution*. Wien, München 2004, S. 113–122.

<sup>55</sup> Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden* [1961]. Frankfurt am Main 1991; Ervin Staub, *The Roots of Evil. The Origins of Genocide and Other Group Violence*. Cambridge 1989, S. 84. Zur Zentralstelle in Prag siehe den Beitrag von Wolf Gruner in diesem Band.

Das im Vergleich zu Wien abweichende Vorgehen gegen die jüdischen Landgemeinden hing mit den lokalen Machtkonstellationen zusammen. Die Gemeinden wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgelöst, die Salzburger Israelitische Kultusgemeinde etwa im Mai 1939. Zu ihrer Rechtsnachfolgerin bestimmte man die Linzer Gemeinde. Ein Bescheid vom 30. März 1940 ernannte schließlich Josef Löwenherz von der Kultusgemeinde Wien zum Rechtsnachfolger aller bis dahin noch nicht aufgelösten Israelitischen Kultusgemeinden.<sup>56</sup> Obwohl beispielsweise die Kärntner Kultusgemeinde bestehen blieb, beschlagnahmte die Gestapo ihr Vermögen. An vielen Orten wurden die jüdischen Vereine aufgelöst, Funktionäre verhaftet oder eingeschüchert. In Linz nahm die Gestapo den Kultusgemeindepräsidenten Karl Schwager schon im März 1938 in Haft und betraute den Leiter der jüdischen Begräbnisorganisation Chewra Kadischa, Max Hirschfeld, mit der kommissarischen Leitung. Wie seine Kollegen an anderen Orten sah Hirschfeld sich gezwungen, mit SS-Auswanderungsstellen und der Gestapo zu kooperieren, unter anderen mit dem späteren Kommandanten des Vertreibungslagers Treblinka, Franz Stangl.<sup>57</sup>

Auch außerhalb Wiens begann ein Wertlauf um die Beute. Die ehemals »illegalen« Nationalsozialisten sahen sich legitimiert, ihre Opfer für die Partei durch den Zugriff auf das Eigentum von Juden zu kompensieren. Dass auf dem Land nicht so viel jüdisches Eigentum vorhanden war, verschärfte den Verteilungskampf. Raub, Gewalt und Separierung verstärkten den Druck auf die schutzlose jüdische Bevölkerung Österreichs, der von Beginn an enorm gewesen war. Verwandte in Deutschland mochten bis zum Novemberprogramm oft nicht glauben, wie dramatisch die Verhältnisse in Österreich waren. Die Juden außerhalb Wiens waren aufgrund ihrer geringen Zahl besonders exponiert. Einige Familien schickten sogar ihre Kinder nach Deutschland, da es dort sicherer schien.<sup>58</sup> Obgleich die neuen Machthaber die erste Fluchtwelle nach dem »Anschluss« zunächst unterbunden hatten, um die Emigration besser kontrollieren zu können, setzte die Politik der Vertreibung ab Mai 1938, nachdem der bürokratische Raub und dessen Durchführung legalisiert worden waren, voll ein. Circa zwei Dritteln der österreichischen Juden gelang so noch rechtzeitig die Flucht.

<sup>56</sup> Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 221.

<sup>57</sup> August Watzl, *Die Juden in Kärnten und das Dritte Reich*. Klagenfurt 1987; Daniela Ellmauer u.a., »Arisierungen«, *beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen in Oberösterreich*. Wien, München 2004, S. 323–336.

<sup>58</sup> Daniela Ellmauer u.a. (Hrsg.), *Geduldet, geschmäht und vertrieben. Salzburger Juden erzählen*. Salzburg 1998, S. 137 f., S. 154.

Tabelle 2: Asylländer der bis zum Kriegsausbruch vertriebenen österreichischen jüdischen Bevölkerung nach Kontinenten<sup>59</sup>

Asylland	in Zahlen	in Prozent
Europa	55.505	43,9
davon: Großbritannien	30.850	24,4
Italien	4.460	3,5
Belgien	4.270	3,4
Schweiz	2.265	1,8
Polen	2.260	1,8
Jugoslawien	1.644	1,3
Frankreich	1.615	1,3
Niederlande	1.151	0,9
Ungarn	915	0,7
Nordamerika	28.700	22,7
davon: Vereinigte Staaten	28.615	22,6
Mittel- u. Südamerika	11.580	9,2
Asien, Naher Osten	28.172	22,3
davon: Palästina	9.195	7,3
China/Schanghai	18.124	14,3
Australien, Neuseeland	1.880	1,5
Afrika	644	0,5
Gesamt	126.481	100

<sup>59</sup> Peter Eppel, »Österreicher in der Emigration und im Exil 1938 bis 1945«, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*. Bd. 2, Wien, München 1988, S. 69 f.

Obwohl viele Schritte der Radikalisierung der Judenverfolgung in Österreich und Deutschland gleichzeitig abliefen, etwa die Vorbereitung des organisierten Raubs durch die »Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden« vom 26. April 1938, entwickelte sich die Politik nicht synchron. Die österreichische Ausgrenzungspolitik, die zunächst auf Vertreibung abzielte, betraf bereits die jüngsten. Nach dem »Anschluss«, so berichteten viele Überlebende, wurden jüdische Kinder auf unterschiedliche Weise drangsaliiert. Schon Mitte Mai 1938 begann in Wien ihre »Ausschulung« aus Staats- und Gemeindeschulen und ihre Einweisung in Einrichtungen mit einem hohen Anteil jüdischer Schüler. Die Folge waren überfüllte Klassen und weite Schulwege. Der Ausschluss jüdischer Studierender und Lehrkräfte von den Universitäten erfolgte ebenso rasch. Jüdische Studierende wurden im Sommersemester 1938 nur mehr zum Abschluss ihres Studiums zugelassen.<sup>60</sup> Die Stadt Wien kündigte im Juni 1938 außerdem circa 2.000 jüdischen Mietern in den Wiener Gemeindewohnungen.<sup>61</sup>

Die organisierte Gewalt im November 1938, aber auch individuelle Raubzüge erregten bei vielen Österreichern kaum Mitgefühl oder Dissens.<sup>62</sup> In Wien zerstörte die SS vor allem Synagogen und Bethäuser, die SA verübte Überfälle auf Wohnungen und Betriebe.<sup>63</sup> In Österreichs Hauptstadt wurden 42 Bethäuser und zahlreiche andere Einrichtungen der jüdischen Gemeinde durch Handgranaten und Brandlegung demoliert, 4.083 Geschäfte gesperrt, 1.950 Wohnungen zwangsräumt und 7.800 Personen verhaftet, darunter erstmals, wenn auch in geringer Zahl, Frauen sowie Personen, die bereits über Ausreisepapiere verfügten.<sup>64</sup> Besonders brutal lief der Pogrom in Tirols Hauptstadt Innsbruck ab, vier Personen wurden dort ermordet. In Graz verschleppte man den Rabbiner David Herzog zum jüdischen Friedhof, um ihn dort sein eigenes Grab schaufeln zu lassen. Vor dem verschlossenen Friedhof prügelten ihn seine Peiniger bis zur Bewusstlosigkeit.<sup>65</sup> In Wien wurden von den am 10. November 6.547 verhafteten Männern circa

<sup>60</sup> Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 38, S. 140 f.

<sup>61</sup> Herbert Exenberger u.a., *Kündigungsgrund Nichtarier. Die Verreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938–1939*. Wien 1996, S. 28 ff.

<sup>62</sup> Kurt Schmid, Robert Streibel (Hrsg.), *Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland*. Wien 1990, S. 18 f.

<sup>63</sup> Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 162.

<sup>64</sup> Ebd., S. 159.

<sup>65</sup> David Herzog, *Erinnerungen eines Rabbiners 1932–1940*. Hrsg. von Walter Höflechner auf Grundlage einer Diplomarbeit von Andreas Schweiger, Graz 1995, S. 45 ff.

3.700 in das KZ Dachau deportiert.<sup>66</sup> Für die betroffenen Familien begann ein Wertlauf mit der Zeit, um die Internierten durch den Nachweis von Emigrationspapieren aus dem Konzentrationslager freizubekommen.

Der Novemberpogrom hatte den Vertreibungsdruck mit einem Schlag noch einmal ungeheuer erhöht. Die Verhaftungen der Männer, die Plünderungen, die Vertreibung aus Wohnungen, der Terror gegen die wenigen noch in Landgemeinden ansässigen Juden, die Verschärfung der Beschränkungen durch die Befugnisweiterung der Landeshauptleute und Bürgermeister, den Aufenthalt der jüdischen Bevölkerung räumlich und zeitlich einzuschränken, das Ende freier Erwerbstätigkeit, die Liquidierung von Geschäften, die Sondersteuern usw. machten den meisten jüdischen Österreichern klar, dass es hier keine Lebensperspektive mehr für sie gab.<sup>67</sup> Da viele junge Männer das Land verließen, weil sie als besonders gefährdet galten, wurden in Österreich überproportional viele Frauen und ältere Menschen Opfer der NS-Vernichtungspolitik.<sup>68</sup>

Einen wichtigen Teil der zentralisierten und radikalisierten Politik nach dem Pogrom bildete die Zusammendrängung der Juden auf immer weniger Wohnraum. Die Stadt Wien führte im Frühjahr 1939 selbstständig eine große »Judenumsiedlungsaktion« durch. Das »Gesetz über die Mietverhältnisse der Juden« vom 30. April 1939 nutzend<sup>69</sup>, forderte die neu eingerichtete »Dienststelle für Juden« im städtischen Wohnungsamt Tausende jüdische Mieter ultimativ auf, »freiwillig« umzuziehen, sonst werde »zur zwangsweisen Umsiedlung geschritten«. Ziel der Stadt war es, sie in »jüdischen« Häusern zusammenzufassen. Parallel dazu plante der Reichskommissar bereits, ein Großlager zu errichten, um dort jüdische Familien aus Wien unterzubringen und sie zur Zwangsarbeit einzusetzen.<sup>70</sup>

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges radikalisierte sich die antijüdische NS-Politik noch einmal grundlegend, und Österreich wurde abermals zum Übungsfeld für neue Maßnahmen. War die Politik bis dahin auf Vertreibung und den Arbeitseinsatz in separierten Lagern ausgerichtet gewesen, ergab sich mit dem raschen Kriegserfolg in Polen die neuartige Perspektive, die gesamte jüdische Bevölkerung Großdeutschlands nach Polen zu deportieren. Die Planungen hierzu begannen unmittelbar nach Kriegsausbruch. Hitler

66 Schmid, Streibel (Hrsg.), *Der Pogrom 1938*, S. 31.

67 Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 164 ff.

68 Ebd., S. 189.

69 RGBl. 1939 I, S. 864.

70 Wolf Gruner, *Zwangarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45*. Innsbruck u.a. 2000, S. 97–123.

forderte, 300.000 deutsche und österreichische Juden zu deportieren.<sup>71</sup> Anfang Oktober 1939 erhielt Eichmann, inzwischen Leiter der »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« in Prag, von Gestapo-Chef Heinrich Müller den Auftrag, zunächst 70.000 bis 80.000 Menschen aus den Gebieten Katowitz (Ostoberschlesien) und Mährisch-Ostrau abzuschleppen. Eichmann fuhr nach Österreich und besprach mit dem Sonderbeauftragten für Judenfragen vom Stab Bürckel, dass die in Wien lebenden Juden innerhalb eines Dreivierteljahres nach Polen »umgesiedelt« werden sollten.<sup>72</sup> Der jüdischen Gemeinde trug er auf, diese erste Deportation vorzubereiten. Ihren Repräsentanten wurde vorgegaukelt, dass die »Umsiedlung« nach Nisko bei Lublin zum Besten der Betroffenen sei und es dort Arbeitsmöglichkeiten gäbe. Zwei Transporte mit 1.584 Personen verließen Wien am 20. und 26. Oktober 1939, doch dann unterbrach Himmeler persönlich die Aktion wegen technischer Schwierigkeiten.<sup>73</sup>

Die Nationalsozialisten verfolgten danach weiterhin eine Politik der Separation und Kontrolle, sprich der fortgesetzten Vertreibung aus Wohnorten bzw. aus den Provinzorten, wo ohnedies nur mehr wenige Juden lebten, nach Wien. Nun lautete die Devise des städtischen Wohnungsamtes Wien, die jüdische Bevölkerung sei in »Judenhäusern« zusammenzufassen, ohne Rücksicht auf die familiäre Situation oder auf das Geschlecht. Die Konzentration der Wiener Juden in einer Art Halbghettos entlang von Straßenzügen war eine Voraussetzung zur einfacheren Durchführung der späteren Deportationen. Zudem durften Juden in Wien seit Kriegsbeginn nur noch zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Geschäften einkaufen. Diese Regelung wurde 1940 unter anderem durch Ausgangssperren noch einmal verschärft. In die Konzentration der jüdischen Mieter in »Judenhäusern« mischte sich im Laufe des Jahres 1940 zunehmend die Partei ein. Auf Wunsch von Reichstatthalter und Gauleiter Baldur von Schirach, der Bürckel ablöste, ordnete der stellvertretende Wiener Gauleiter Karl Scharitzer die Wiederaufnahme einer »planvollen und durchgreifenden Judenumstiedlung« an.<sup>74</sup>

71 Wolf Gruner, »Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente«, in: *Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne, Praxis, Reaktionen 1938–1945* (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 20). Hrsg. von Birthe Kundrus und Beate Meyer, Göttingen 2004, S. 21–62. Zu Österreich ausführlich: Gruner, *Zwangarbeit und Verfolgung*, S. 128–141.

72 Longenrich, *Politik der Vernichtung*, S. 256 f.

73 Gruner, »Kollektivausweisung«, S. 34.

74 Gruner, *Zwangarbeit und Verfolgung*, S. 189–192. Gerhard Borz hat berechnet, dass aufgrund der Vertreibungen, Deportationen und Enteignungen etwa so viele Wohnungen

«Alle Spuren des jüdischen Lebens sollten ausgelöscht werden», so charakterisiert Doron Rabinovici diese Phase.<sup>75</sup> Die zweite Deportationswelle aus Wien begann im Februar 1941. Baldur von Schirach hatte im Oktober 1940 während einer Lagesprechung im Führerhauptquartier bei Hitler für die endgültige Fortschaffung der noch in Wien lebenden Juden plädiert. Hitler erteilte im Dezember 1940 die Genehmigung, woraufhin die Gestapo im Februar und März 1941 mehr als 5.000 Personen aus Wien nach Polen deportierte. Ähnlich wie bei den Nisko-Transporten wurden keine Vorbereitungen für Verpflegung und Unterkunft getroffen. Die Kultusgemeinde bemühte sich, die verzweifelte Lage der Deportierten zu lindern. Auch diese Aktion gegen die Wiener Juden wurde unterbrochen, dieses Mal wegen der Transportlage im Vorfeld des Überfalls auf die Sowjetunion. Aber an dem Plan, Wien wie auch Berlin »judenrein« zu machen, hielt man fest.<sup>76</sup> Nach der zweiten Deportationswelle vom Februar und März 1941 teilte die Zentralstelle der Kultusgemeinde im Mai mit, dass die jüdische Bevölkerung nur mehr in den aneinander angrenzenden Wiener Bezirken II, IX und XX wohnen dürfe und jeder Umzug von nun an genehmigt werden müsse.<sup>77</sup>

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion begann die Politik der Vernichtung, die mit der dritten Deportationswelle ab Oktober 1941 auch die noch in Österreich lebenden Juden erfasste. Die Zielorte der Deportationen waren zuerst Ghetos und bald darauf Konzentrations- und Vernichtungslager wie Łódź (Litzmannstadt), Riga, Minsk, Izbica, Sobibór und Auschwitz. Wie in anderen Regionen wurde keine Rücksicht auf Geschlecht, Krankheit oder Behinderung genommen. Lediglich die Alten verbrachte die Gestapo nach Theresienstadt (Terezín) im Protektorat Böhmen und Mähren. Nach dem Abschluss der letzten großen Deportationswelle Ende 1942 bildeten Theresienstadt und Auschwitz bis zum Ende der NS-Herrschaft die einzigen Zielorte der Deportationen aus Wien.<sup>78</sup>

frei gemacht wurden, wie sie die Sozialdemokratie in ihrem beeindruckenden kommunalen Wohnbauprogramm zwischen 1919 und 1934 erbaut hatte; Gerhard Borz, *Wohnungspolitik und Judentransportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik*. Wien, Salzburg 1975, S. 60, S. 120–124; Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht*, S. 220.

<sup>75</sup> Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht*, S. 213.

<sup>76</sup> Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 255–262.

<sup>77</sup> Gruner, *Zwangarbeit und Verfolgung*, S. 222.

<sup>78</sup> Martin Niklas, »... die schönste Stadt der Welt«. *Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt* (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 7). Wien 2009, S. 30–45.

Wie überall bediente sich die Vernichtungsmaschinerie der Opfer als Erfüllungsgelieferten, in Österreich wurde diese Strategie, wie bereits erwähnt, sehr früh entwickelt. Vor allem das Zusammenstellen von Karteien und die immer wieder eingeforderten Erhebungen schufen für die NS-Behörden die Grundlage für spätere Maßnahmen, seien es jene zur Entzweiung, Zwangsarbeit, Umsiedlung oder Deportation. Bei der dritten Deportationswelle, die im Herbst 1941 begann, wählte die Zentralstelle die dafür vorgesehenen zwar selbst aus, doch ihr damaliger Leiter, Alois Brunner, zwang die Wiener Kultusgemeinde, einen jüdischen Ordnungsdienst für »Aushebungen« bereitzustellen. Der Leiter der Gemeinde, Josef Löwenherz, verweigerte dies zunächst. Als daraufhin die Gestapo die Juden für die Deportationen außerordentlich brutal zusammentrieb – begleitet von Diebstahl, Erpressung und Vergewaltigung –, willigte die Kultusgemeinde doch ein und stellte 400 bis 500 »Ordnern«. Dieses Verfahren funktionierte aus Sicht der NS-Behörden so gut, dass drei Mitarbeiter der Wiener Kultusgemeinde nach Berlin gebracht wurden, um dort ihre Erfahrungen zu vermitteln. Anders als in Wien, so deren Bericht, stießen solche »Aushebungen« in Berlin bei der nichtjüdischen Bevölkerung auf Widerstand.<sup>79</sup> In Wien hingegen hörte man nach wie vor bössartige Beschimpfungen, wenn die Gestapo ihre Opfer bei Tageslicht von den in der Stadtmitte gelegenen Sammellagern zum Bahnhof brachte.<sup>80</sup>

Während der Deportationen verschärfen die Zentralstelle wie auch die Stadtverwaltung ihre repressive Politik. Männer und Frauen wurden von der Gestapo am Arbeitsamt vorbei zu zusätzlichen Sonntagsarbeiten für die Partei oder die Wehrmacht gezwungen. Ab dem Sommer 1942 deportierte die Gestapo zunehmend auch die Insassen von Arbeitslagern in Österreich und Deutschland in den Osten. Die letzten österreichischen Zwangsarbeiter wurden im Oktober aus Lagern nach Wien geholt.<sup>81</sup> Am Ende der großen Deportationswelle verschleppte die Gestapo im Oktober 1942 schließlich auch circa 1.500 Angestellte der Kultusgemeinde und ihre Angehörigen. Danach wurde die israelitische Kultusgemeinde aufgelöst. An ihre Stelle trat ab 1. November 1942 ein »Ältestenrat der Juden in Wien«. Am 31. März 1943 schloss man auch die Zentralstelle. Ihre Agenden übernahm die Gestapo. Sie

<sup>79</sup> Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht*, S. 278 ff., S. 287.

<sup>80</sup> Ebd., S. 287 f.

<sup>81</sup> Gruner, *Zwangarbeit und Verfolgung*, S. 255–269.

organisierte die noch folgenden, kleineren Deportationen bis zum Kriegsende.<sup>82</sup>

Tabelle 3: *Deportationen aus Österreich*<sup>83</sup>

Jahr	Zahl der Deportierten
1939	1.584
1940	0
1941	13.015
1942	32.445
1943	1.303
1944	478
1945	22
Ohne Angabe	206
Gesamt	49.053

Österreich nahm in der antijüdischen Politik des NS-Regimes mehrfach eine Vorreiterrolle ein, so auch im »geschlossenen Arbeitseinsatz«. Dieser erfolgte in einem Zusammenspiel von regionaler Arbeitsverwaltung, den Landesregierungen und den jeweils davon betroffenen Reichsministerien, der Zentralstelle, der Gestapo und den jüdischen Gemeinden. Die Arbeitsämter griffen in Österreich schon im Herbst 1938 auf jene Juden zu, die arbeitslos gemeldet waren, und vermittelten sie zu Zwangseinsätzen bei Privatfirmen, auch nach Deutschland.<sup>84</sup> Der »geschlossene Arbeitseinsatz« wurde zu einem Vorbild für die Reichsarbeitsverwaltung, die dieses Modell im Dezember 1938 übernahm und reichsweit anwandte. Wiener Juden schufteten als Zwangsarbeiter in privaten Ziegeleien, bei der städtischen Müllbeseitigung, beim Reichsautobahn- und Talsperrenbau in verschiedenen Regionen Österreichs sowie beim Straßen- und Dammbau in Norddeutschland. Pläne, österreichische Juden als Zwangsarbeitskräfte in über das gesamte Deutsche Reich verstreuten Arbeitslagern zu internieren, machten der Krieg und die

<sup>82</sup> Jonny Moser, *Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945*. Wien 1999, S. 80 ff.

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung*, S. 107.

sofort einsetzende Deportationsplanung obsolet. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges wurde der von Zwangsarbeit betroffene Personenkreis dennoch immer mehr ausgeweitet. Die Diskriminierung war dabei von Beginn an vielfältig, sie zeigte sich etwa in der schlechten Lebensmittelversorgung, dem geringen Entgelt, der Separierung von nichtjüdischen Arbeitskräften, in zahlreichen Verboten, die etwa die Bewegungsfreiheit einschränkten, oder in extremen Arbeitszeiten. Noch bevor der »gelbe Stern« im September 1941 für alle Juden eingeführt wurde, erhielten die jüdischen Zwangsarbeiter besondere Kennzeichen. Als ein Arbeitslager in Eisenerz Ende 1940 vom Wiener Arbeitsamt einige Hundert jüdische Arbeitskräfte zugewiesen bekam, verordnete der Bürgermeister des Ortes, sie am rechten Arm mit einer gelben Armbinde mit schwarzem Stern zu markieren. In anderen Lagern mussten jüdische Zwangsarbeiter einen viereckigen roten Tuchfleck am Rücken tragen.<sup>85</sup>

Nach dem Abtransport der meisten österreichischen Juden erfasste der Zwangsarbeitseinsatz 1943 endgültig auch Juden, die in »Mischehe« lebten. Obwohl der »Ältestenrat« unter Aufsicht der Gestapo stand, behielt die Arbeitsverwaltung wichtige Funktionen. Ende 1944 leisteten circa 90 Prozent aller in Österreich verbliebenen Juden Zwangsarbeit. Das betraf auch Kinder, Jugendliche und Personen, die älter als 65 Jahre waren, von ihnen arbeitete ungefähr jeder Fünfte.<sup>86</sup> Eine aufgrund eines RSHA-Befehls geplante Deportation der in »Mischehe« lebenden Juden aus dem ganzen Reich nach Theresienstadt scheiterte in Wien im Februar 1945 an Transportschwierigkeiten. Obwohl die Vernichtungsmaschinerie bis zu den letzten Stunden des Dritten Reiches wütete, führte das NS-Regime das anfänglich ausposaunte Versprechen der »judenreinen« Gaue am Ende selbst ad absurdum: Mit Zustimmung Hitlers wurden in Österreich seit 1944 ungarische Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt, außerdem kamen mit »Evakuierungsmärschen« Überlebende aus Konzentrationslagern ins Land. Bei Ersteren handelte es sich um etwa 7.500 ungarische Juden aus Auschwitz, die ab Mai 1944 ins Konzentrationslager Mauthausen und dessen Außenlager verbracht wurden. Ihnen folgten im Juni 1944 schätzungsweise mehr als 15.000 »Austauschjuden«<sup>87</sup> aus den ungarischen Ghettos Szeged, Szolnok, Debrecen und Baja, die man ins Lager Strasshof deportierte und von dort aus zur Zwangsarbeit

<sup>85</sup> Ebd., S. 73–92, S. 164–186.

<sup>86</sup> Ebd., S. 283 f.

<sup>87</sup> »Austauschjuden« hätten unter bestimmten Bedingungen für Gegenleistungen freigelassen werden sollen, vgl. Eleonore Lappin-Eppel, »Austauschjuden« und »Leibjuden« – ungarische Zwangsarbeiter/innen in Österreich 1944/45 (in Druckvorbereitung).

in Wien und im Reichsgau Niederdonau verteilte.<sup>88</sup> Die dritte Gruppe stellten sogenannte »Leihjuden«<sup>89</sup>, die ab Herbst 1944 hauptsächlich zu Schanzarbeiten an militärischen Befestigungsanlagen eingesetzt wurden. Schätzungen schwanken zwischen 30.000 und 50.000 Menschen, wobei die Österreichische Historikerkommission von 40.000 ausgeht, unter ihnen 3.500 bis 4.000 Frauen.<sup>90</sup> Angesichts der Kriegswirren und der willkürlichen Morde bei »Evakuierungsmärschen« lässt sich die Zahl der Opfer nur schätzen. Die Historikerkommission beziffert sie auf mindestens 8.000 Personen.<sup>91</sup> Massaker fanden in zahlreichen österreichischen Gemeinden statt. Eine lokalhistorische Aufarbeitung steht noch aus.<sup>92</sup>

Viele Protagonisten der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik kamen aus Österreich, so Adolf Eichmann und zahlreiche seiner Mitarbeiter, verschiedene Kommandanten von Konzentrations- und Vernichtungslagern wie auch Odilo Globocnik, der Leiter der »Aktion Reinhardt« zur systemati-

88 Eleonore Lappin, »Strukturen der Verantwortung. Volksgerichtsverfahren wegen Verbrechen gegen ungarische Juden in österreichischen Zwangsarbeitslagern des Sonderinsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD in Ungarn, Außenkommando Wien«, in: *Zeitgeschichte*, Jg. 35 (2007), H. 6, S. 351–371.

89 »Leihjuden« waren die von den Pfeilkreuzlern, den ungarischen Faschisten, an Deutschland ausgelieferten Juden, die bis zum Kriegsende für »kriegswichtiges« Arbeiten härten eingesetzt werden sollen – eine offensichtliche Camouflage, vgl. Lappin-Eppel, »Austauschjuden« und »Leihjuden«.

90 Florian Freund u.a., *Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945*. Wien, München 2004, S. 183; Szabolcs Szita, *Verschlepps, verhungert, vernichtet. Die Deportation von ungarischen Juden auf das Gebiet des annektierten Österreich 1944–1945*. Wien 1999; Eleonore Lappin u.a., *Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Niederösterreich 1944/45*. St. Pölten 2006.

91 Vgl. Götz Aly, Christian Gerlach, *Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden 1944/45*. Stuttgart, München 2002, S. 355–367; Eleonore Lappin, »The Death Marches of Hungarian Jews Through Austria in the Spring of 1945«, in: *Yad Vashem Studies*, Jg. 38 (2000), S. 203–242; Eleonore Lappin, »Die Rolle der Waffen-SS beim Zwangsarbeitsersatz ungarischer Juden im Gau Steiermark und bei den Todesmärschen ins KZ Mauthausen (1944/45)«, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Jahrbuch 2004*. Wien 2004, S. 77–112; Eleonore Lappin, »Das Schicksal der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter in Österreich 1944/45«, in: dies., Martha Keil (Hrsg.), *Studien zur Geschichte der Juden in Österreich*. Bd. 2, Bodenheim 1996, S. 141–168; Claudia Kuretsidis-Haidter, *Verbrechen an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeitern vor Gericht. Die Engerau-Prozesse vor dem Hintergrund der justiziellen »Vergangenheitsbewältigung« in Österreich (1945–1955)*. Unveröffentlichte Dissertation, Wien 2003.

92 Walter Manoschek (Hrsg.), *Der Fall Rechnitz. Das Massaker an Juden im März 1945*. Wien 2009; *Das Drama Sudostwall am Beispiel Rechnitz. Daten, Taten, Fakten, Folgen*. Eisenstadt 2009.

sehen Ermordung der Juden im Generalgouvernement.<sup>93</sup> Nach wie vor wird über den Anteil der Österreicher an der Vernichtungspolitik diskutiert.<sup>94</sup> Da es in Österreich kaum Widerstand gegen die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung gab und viele vom NS-Regime profitierten – sei es durch privaten Raub oder die Übernahme von verlassenen Mietwohnungen –, kam es dort nach dem Kriegsende zu einer grotesken Schuldabwehr. Den anfänglichen antifaschistischen Konsens löste bald ein Bühnen der Parteien um die Stimmen ehemaliger Nazis ab. Im Kalten Krieg ersetzte der Kommunismus das kurzlebige Feindbild des Nationalsozialismus. Es gelang, einen Mythos von Österreich als dem ersten Opfer Hitlerdeutschlands aufzubauen, der den zunächst unternommenen Versuch einer juristischen Aufarbeitung der NS-Zeit völlig unterhöhle und der bis Mitte der 1980er Jahre bestand.<sup>95</sup> Erst die internationale Debatte um die Kandidatur des früheren UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim für das Amt des österreichischen Staatspräsidenten brachte den Zusammenbruch des Opfermythos und setzte einen Paradigmenwechsel in Gang. Das Thema ist in Österreich noch keineswegs verarbeitet, Meinungsumfragen zeigen die Spannungen innerhalb der Gesellschaft im Umgang mit der NS-Vergangenheit und das Fortleben antijüdischer Ressentiments. Es ist inzwischen sogar wieder eine Enttraubisierung antijüdischer Haltungen in der öffentlichen und damit auch in der privaten Kommunikation feststellbar. Erinnerungspolitik in Bezug auf die NS-Zeit und die seriöse Darstellung der Geschichte von Verreibung und Massenmord kollidieren in Österreich nach wie vor mit Schuldgefühlen, politischer Demagogie und unaufgelösten Generationskonflikten in den Familien.<sup>96</sup>

93 Hans Saffran, *Die Eichmann-Männer*. Wien, Zürich 1993; Bogdan Musial (Hrsg.), »Aktion Reinhardt«. *Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941–1944*. Osnabrück 2004.

94 Vgl. die Titelgeschichte »Hitlers Heimat. Waren die Österreicher die radikaleren Nazis? Die Fakten und die Mythen«, in: *Profil. Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreich*, 11. Mai 2009.

95 Siegfried Göllner, *Die politischen Diskurse zu »Entnazifizierung«, »Causa Waldheim« und »EU-Sanktionen«. Opfer narrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten*. Hamburg 2009; Thomas Albrich u.a. (Hrsg.), *Holocaust und Kriegsverbrechen vor Gericht. Der Fall Österreich*. Innsbruck u.a. 2006.

96 Siehe z.B. die Tabelle in Heinz P. Wasserermann, »Zwischen Stagnation und Modernisierung: Antisemitismus in Österreich«, in: Lars Rensmann, Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Feindbild. Antisemitismus in Europa*. Berlin 2008, S. 251.

## Schluss

Zum Zeitpunkt des »Anschlusses« hatten die Nationalsozialisten bereits fünf Jahre lang die jüdische Bevölkerung Deutschlands diskriminiert und ausgegrenzt. Es blieben noch anderthalb Jahre bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges: eine Phase, in der sich die Entwicklung der antijüdischen Politik enorm beschleunigte. Die »Anschlussprogramme« signalisierten den NS-Machthabern, dass es eine Bereitschaft innerhalb der österreichischen Bevölkerung gab, offen gegen Juden vorzugehen, und dass die Solidarisierung mit der bedrohten Gruppe äußerst gering war. Um die Situation nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, führten die Machthabenden rasch Maßnahmen ein, die zumindest den Raubzug der »Arisierungen« zentralisieren und administrieren sollten.

Die unter Schock stehende jüdische Bevölkerung in Österreich erkannte rascher als die deutschen Juden die Aussichtslosigkeit ihrer Lage, weswegen die Fluchtwelle hier schon lange vor dem Novemberpogrom 1938 einsetzte. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges konnten 126.481 österreichische Juden emigrieren. Nach Kriegsausbruch bis zum Verbot der Auswanderung Ende 1941 gelang nur etwa 11.000 Personen die Flucht. Allerdings wurden jene Länder, die die deutschen Truppen besetzten, zu einer neuerlichen Falle, die – Jonny Moser nennt die Zahl von 16.692 Menschen – vielen Geflüchteten das Leben kostete.<sup>97</sup>

Österreich nahm wegen der dort entwickelten antijüdischen Politik eine Vorreiterrolle ein. Der Aufbau neuer organisatorischer Strukturen, etwa der »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« und der »Vermögensverkehrsstelle«, aber auch die Einführung der Zwangsarbeit und die erzwungene Kooperation mit einer gefügig gemachten »Kultusgemeinde« zur Abwicklung der sich verschärfenden Maßnahmen stellten wesentliche Radikalisierungsschritte dar, die in den später dem Reich angegliederten Gebieten als Vorbild dienten. Österreich bot zahlreichen nationalsozialistischen Karrieristen ein Betätigungsfeld. Einer der ambitioniertesten war Adolf Eichmann, der zu einer Schlüsselfigur für die Organisation des Massenmords avancierte.<sup>98</sup>

Die ersten Deportationszüge verließen Wien bereits kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Obwohl die Aktion bald abgebrochen wurde, erwarben die Nationalsozialisten dabei grundlegende Erfahrungen für spätere

<sup>97</sup> Moser, *Demography*, S. 27 f., S. 57–79.

<sup>98</sup> David Cesarani, *Becoming Eichmann. Rethinking the Life, Crimes, and Trial of a »Desk Murderer«*. Cambridge 2007.

Deportationen wie jene im Februar/März 1941. Die jüdische Bevölkerung wurde von diversen Wiener Behörden nun auf immer weniger Wohnraum zusammengedrängt und ihr Bewegungsraum begrenzt, bevor im Herbst 1941 die Massentransporte in den Osten sowie später nach Theresienstadt begannen, die in Wien im Herbst 1942 abgeschlossen waren. Von den vor dem Nationalsozialismus in Österreich lebenden Juden wurden circa 65.000 Personen ermordet, das entspricht knapp einem Drittel.<sup>99</sup> Das Versprechen einer »judenreinen Ostmark« führten die Nationalsozialisten allerdings am Ende des Zweiten Weltkrieges selbst ad absurdum, als sie ungarische Juden zur Zwangsarbeit sowie Überlebende aus evakuierten Lagern ins Land brachten. Viele von ihnen starben an den Strapazen der Zwangsarbeit bzw. der Märsche oder bei den Massakern kurz vor Kriegsende.

<sup>99</sup> Jonny Moser, »Österreich«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*. München 1991, S. 67–93; Florian Freund, Hans Satrian, »Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938–1945. Vertreibung und Deportation«, in: Tólos u. a. (Hrsg.), *NS-Herrschaft in Österreich*, S. 767–788.



Fritz Bauer Institut

Studien- und Dokumentationszentrum zur  
Geschichte und Wirkung des Holocaust

Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Band 17

Wolf Gruner, Jörg Osterloh (Hg.)

# Das »Großdeutsche Reich« und die Juden

Nationalsozialistische Verfolgung  
in den »angegliederten« Gebieten

Wolf Gruner, Dr. phil., ist Inhaber des Shapell-Guerin Chairs in Jewish Studies  
und Professor für Geschichte an der University of Southern California in Los  
Angeles, USA.

Jörg Osterloh, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut  
in Frankfurt am Main.

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

# Inhalt

<i>Wolf Gruner, Jörg Osterloh</i>	
Einleitung .....	7
<i>Gerhard J. Teschner</i>	
Saargebiet .....	49
<i>Albert Lichtblau</i>	
Österreich .....	77
<i>Jörg Osterloh</i>	
Sudetenland .....	107
<i>Wolf Gruner</i>	
Protektorat Böhmen und Mähren .....	139
<i>Ruth Leiserowitz</i>	
Memelgebiet .....	175
<i>Wolfgang Gippert</i>	
Danzig-Westpreußen .....	199
<i>Ingo Loose</i>	
Wartheland .....	229
<i>Andreas Schulz</i>	
Regierungsbezirk Zichenau .....	261
<i>Sybille Steinbacher</i>	
Ostoberschlesien .....	283

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39168-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2010 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Surface Gesellschaft für Gestaltung, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Juden auf der Flucht aus der Tschechoslowakei, 1939 © sz-photo/Scherl

Lektorat im Fritz Bauer Institut: Gerd Fischer, Sabine Grimm

Satz: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.campus.de](http://www.campus.de)

<i>Christoph Brüll</i> Eupen-Malmedy.....	311
<i>Marc Schoentgen</i> Luxemburg.....	335
<i>Jean-Marc Dreyfus</i> Elsass-Lothringen.....	363
Anhang	
<i>Wolf Gruner, Jörg Osterloh</i> Forschungsüberblick zu den einzelnen Gebieten.....	385
Auswahlbibliografie.....	399
Abkürzungen.....	415
Abbildungsnachweis.....	419
Autorinnen und Autoren.....	421
Personenregister.....	427
Ortsregister.....	433

## Einleitung

Als der Vorsitzende der EU-Kommission José Manuel Barroso Anfang 2005 in einem Aufsatz über »Auschwitz-Birkenau in Poland« schrieb, aber nicht die Verantwortung des nationalsozialistischen Deutschland für das Lager erwähnte, führte dies in Polen zu heftigen Protesten.<sup>1</sup> Nun ist Barroso kaum revisionistischer Tendenzen verdächtig; gleichwohl zeigt dieses Beispiel, dass sich ein unpräziser Sprachgebrauch in Bezug auf das Vernichtungslager einbürgert hat. Zunehmend verblasst das Wissen, welche Ausdehnung das »Großdeutsche Reich« im Zweiten Weltkrieg erreicht hatte. Es umfasste Grenzgebiete Frankreichs und Belgiens, ganz Luxemburg und Österreich, die böhmischen und mährischen Teile der Tschechoslowakei, Westpolen sowie nordslowenische Gebiete. Zwar ist es von heute aus betrachtet korrekt, dass der zur NS-Zeit Auschwitz<sup>2</sup> genannte Ort Oświęcim in Polen liegt – von Herbst 1939 bis Anfang 1945 jedoch hatte der nationalsozialistische Staat sich das polnische Gebiet Ostoberschlesien und die Stadt angeeignet und angegliedert. Die SS errichtete das Konzentrations- und spätere Vernichtungslager Auschwitz somit auf dem Territorium des Dritten Reiches.

Welchen Einfluss die territorialen Erweiterungen des Deutsche Reiches auf die Judenverfolgung, das heißt auf die Politik der Täter, die Lage der jeweiligen jüdischen Bevölkerung und das Verhalten der übrigen Einwohner, hatten, ist bisher kaum systematisch erforscht worden. Dabei sah sich die rassistische Verfolgungspolitik des NS-Regimes mehr oder weniger mit jenem »Anschluss« eines Gebietes an das Deutsche Reich vor neue Fragen ge-

1 José M. Barroso, »A united Europe can heal the holocaust wounds«, in: *European Voice*, 27.1.2005; Maciej Gerych, »Barroso prompts Auschwitz row«, in: *European Voice*, 3.2.2005.

2 Bei im deutschen Sprachgebrauch gängigen Orten wie beispielsweise Prag wird in den hier versammelten Aufsätzen der deutsche Name angeführt, in Klammern jedoch auch der einheimische Name. Bei allen anderen Orten wird in der Regel bei der Ersterennung der Name vor der Besetzung, dann der deutsche Name gesetzt. Im Weiteren steht im Text, abhängig vom Kontext, meist der deutsche Ortsname.